

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprecher 53. Für unversandt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Redaktionspreis: 10 Pf. ...
Anzeigenpreis: 10 Pf. ...
Abonnementpreis: 10 Pf. ...

Nr. 296

Freitag, den 20. Dezember 1918

13. Jahrgang

Die Nationalversammlung nach Frankfurt a. M. eingeladen.

Heimliche Hintergedanken.

Spartakus-Diebnecht schreit so laut, als er irgend vermag: „Schlagt den Kapitalismus tot! — hängt Ebert an die Laternen! — So verlange ich, Diebnecht, Selbstherrscher aller „Augenburger!“ — Man kann ihm nicht vorwerfen, daß er mit irgendwelchen Wünschen zurückhält, er ist rückwärtslos offen, wie sich das im politischen Kampfe geziemt. Und wenn er nur endlich einräumt, daß Maschinengewehre mit Politik nichts zu tun haben, so könnten wir uns mit ihm abfinden. Aber auch diese Maschinengewehre pflanzt er öffentlich auf und läßt niemand einen Zweifel darüber, daß ihm noch immer „Macht vor Recht“ gelte, er also kein Demokrat, sondern ein Reaktionär ist.

Seine natürlichen Bundesgenossen machen es selber anders. Demen stellen noch die „Diplomatischen“ Schleichwege zu sehr im Blut, zwischen ihren Worten und Wünschen klafft ein Widerspruch. Wer Diebnechts Bundesgenossen sind, ist ja klar. Es sind die heimlichen Reaktionäre, die am liebsten den Obrigkeitstaat wieder errichten möchten, unter dem sie sich so wohl befinden haben. Sie meinen, daß das Volk noch nicht reif sei, seine Geschicke selbst zu bestimmen und regieren zu werden müßte. Damit sind sie geradezu Parteigänger Diebnechts, nur daß sie das Volk von oben, er von unten regieren möchten. Sie hassen sich zwar bis auf den Haß, liefern sich aber doch gegenseitig die Waffen. Die Reaktionäre dem Diebnecht und Diebnecht den Reaktionären. Und vor beiden muß das Volk auf der Hut sein, das Volk, das sich selbst regieren will, das die Freiheit und das Recht zum höchsten Grundsatz im Staate machen will.

Heimliche Hintergedanken — aber sie lassen sich doch nicht ganz verheimlichen. Wenn man das Programm der Deutschen nationalen Volkspartei liest, oder ihre Redner hört, so ruft man alles — soweit man es wörtlich nimmt — unterschreiben. Hochachtung des Deutschtums, stilles Grundgesetz der Staatsordnung, gerechte Besteuerung der Steuern, und mit allem stellen sie sich auf „den Boden der Tatsachen“. Warum also müssen sie eine besondere Partei gründen? Schreiben sie nicht auch noch der „Einigkeit“? Warum treten sie nicht alle geschlossen der Deutschen Demokratischen Partei bei, die alles das will, was sie so wollen vorgeben? Hast ihnen die Nase von irgendeinem Parteiführer nicht? Wir glauben, daß auch ihren Parteigenossen mancher eigene Führer nicht paßt. Für derartige Sonderwünsche ist die Zeit nicht angetan. Nein, sie treten uns nicht bei, die Deutsch-Nationalen, weil sie nicht das wollen, was sie sagen. Weil sie wissen, daß wir als wirkliche Demokraten keine andere berechtigte Gewalt anerkennen als den Willen des Gesamtvolkes. Sie aber hoffen, das Volk dazu zu drängen, daß es auf seine Hoffnungen zu Gunsten irgendwelcher Machthaber verzichte.

Wenn sie, als Volksgenossen, das Volk und also damit auch sich selbst entmündigen wollen, dann mögen sie es nur tun, aber sie sollen es auch sagen! „Volk, wir glauben, es wäre besser, der Kaiser käme zurück!“ so sollten sie offen sprechen, statt dessen aber treiben sie Gimpelfang. Und damit verständigen sie sich am Volk, denn sie splitteten Stimmen ab, die verloren gehen, Stimmen, die ihnen nicht gegeben würden, wenn sie offen und ehrlich ihre Meinung sagten. Nein! Jetzt haben sie keine Daseinsberechtigung! Wenn wir erst wieder eine Staatsordnung haben, die wert ist, erhalten zu werden, da mag es auch wieder Konserervative geben, jetzt gibt es nichts, was konservert werden dürfte, alles muß neu gebaut werden.

Auch für ihre Sonderinteressen mögen sie, sobald er fertig ist, im neuen Staate sorgen, der für alle Volksgenossen Raum haben soll. Jetzt aber gilt es erst, ihn aufzurichten, als Demokratie, als freien Volksstaat auszubauen. Und da kann es nur eine Partei geben, gibt es nur eine Partei, die das will:

Die Deutsche Demokratische Partei!

Die Reichskonferenz der A.- und S.-Räte in Berlin.

Vierter Tag.

Die Aussprache über die Nationalversammlung.

In der gestrigen Sitzung empfahl zunächst Sehering namens der Fraktionen, den auswärtigen Delegierten 30 Mk., für Berlin 20 Mk. zu bewilligen, ferner für etwa ausgefallenen Tagesverdienst eine Entschädigung bis zu 30 Mk. täglich, dazu eine Rückfahrkarte. Die Versammlung beschloß nach diesem Antrag darauf einzugehen.

Die Nationalversammlung.

Referent Cohen, Meuß: Wir brauchen für viele Milliarden Rohstoffe und Lebensmittel. Dabei ist der Wert der deutschen Mark erschreckend gesunken. Es ist bitter notwendig, die Ordnung wiederherzustellen und den Wiederaufbau Deutschlands in die Wege zu leiten. Militärisch sind wir wehrlos. Trotzdem hat die Entente ein großes Interesse daran, daß unsere Leistungsfähigkeit nicht allzusehr herabgedrückt wird. Die Ideen der englischen Minister sind vollkommen ernst, sie sind die Konsequenz der ganzen englischen Kriegspolitik. Deshalb haben sie auch ein Interesse daran, daß wir leistungsfähig bleiben. Die versprochenen Rohstoffe und Lebensmittel werden uns erst gegeben werden, wenn bei uns Ordnung herrscht. Für die nächsten Monate haben wir Rohstoffe und Lebensmittel. Kohle kann aber nur geordert werden, wenn Ordnung ist bei uns. Deutschland ist eine große Reparaturwerkstatt. Ohne Ordnung schickt uns die Entente nicht einen Penny Getreide. Die Desorganisation muß verschwinden, und das kann nur durch die Nationalversammlung geschehen. Die Arbeiter, die Soldatenräte stellen nicht den Willen des Volkes dar. Wir müssen uns hüten, die Revolution zu einer Lohnbewegung zu degradieren. (Zurufe.) Diese Unternehmer stellen ihre Betriebe den Arbeitern zur Verfügung. Die Arbeiter haben aber nichts davon, denn sie können die Betriebe nicht aufrechterhalten. Auch die Separationsbewegungen im Süden (Austrian) und im Westen können nur durch die Nationalversammlung überwunden werden und durch die Befestigung der Desorganisation. Ohne die Volksgenossen Österreichs können wir uns das Deutsche Reich nicht mehr vorstellen. (Beifall.) Experimente können wir uns jetzt nicht leisten. Wollen wir eine sozialistische Mehrheit uns sichern, dann müssen die Wahlen so schnell wie möglich kommen. Wenn wir Sozialisten und zumalamentum, dann schlagen wir alle bürgerlichen Gegner. Vor allen Dingen müssen wir einen baldigen Vor- und wirklichen Frieden bekommen. Die Entente denkt nicht daran, mit einem ungeordneten Deutschland Frieden zu schließen. Mit einer Revolution bei irgend einem Volke der Entente ist nicht zu rechnen. Wir Sozialdemokraten müssen uns endlich einmal auf das Entschiedenste dagegen wehren, daß unsere reine, klare, gute und sozialistische Gedankenwelt durch bolschewistische Verschönerungen sabotiert und diskreditiert wird. Die Arbeiter- und Soldatenräte müssen der Nationalversammlung Platz machen. Im Interesse unseres Landes, das wir alle aus heftiger Seele lieben und dem wir in seiner höchsten Not um so fester die Treue halten wollen, bitte ich Sie, mit großer Mehrheit meinem Antrag zuzustimmen. Die Wahlen für die neue deutsche Nationalversammlung finden am 19. Januar statt. (Beifalliger Beifall.)

Es sind außerdem weitere Anträge eingegangen, betreffend Sozialagitation in den besetzten Gebieten, Ansetzung des Wahltermins auf den 18. März, Übertragung der geschiedenen und Volksgewalt an die Arbeiter- und Soldatenräte, Wahlstimm für die Bauernräte, Schaffung eines Zentralrates. Däumig (Gegenreferent): Rückständigzeit ist hier noch in sehr starkem Maße vorhanden. Die Nationalversammlung ist das Todesurteil für das Räteystem. Wo Erzberger seine Hand im Spiel hat, ist Recht und Willkür geboten. Ich

will das russische Beispiel nicht einfach nachahmen. Die Nationalversammlung hat nicht den Willen noch die Kraft, den Sozialismus Wirklichkeit werden zu lassen. Das Räteystem muß ausgebaut werden. Kommen wird das Räteystem trotz alledem.

Haas (Mehrheitssozialist): Wird der Wahltermin weiter hinausgeschoben, so treiben wir die Arbeiterschaft in das Lager unserer natürlichen Feinde. Wir wenden uns entschieden gegen die Absichtsbestrebungen einzelner Bundestelle.

Seckert (Unabhängiger): Eine sozialistische Mehrheit wird die Nationalversammlung zweifellos haben, das Ende des Landes wird immer größer werden. Die alte Bürokratie muß schleunigst beseitigt werden. Das Räteystem muß kommen, auch wenn Sie die Nationalversammlung beschließen. Lassen Sie sich nicht prahlen machen mit dem Volkswort.

Wenzelina (Soldatenpartei): Wenn nicht alles Ordnung hält, bricht die Ernährung und unsere Wirtschaft zusammen. Ohne die Nationalversammlung, die allein den Volksgedanken darstellt, gibt es eine Rettung nicht mehr.

Lausenberg (Spartakus): Die Nationalversammlung wird ein gut Stück Sozialismus bringen, das hätte der Rätekongreß aber noch besser machen können. Auch ich bin der Meinung, daß zum Wahlkampf heute Geschlossenheit nötig ist. (Bravo.)

Hägel (demokratische Partei): Geben Sie dem deutschen Volk die Nationalversammlung als Weihnachtsgeschenk. (Beifall und Handklopfen.)

Bei Fortsetzung der Aussprache in der Nachmittags-sitzung sagt Haase: Mit Entschiedenheit muß ich einer Beschleunigung des Termins widersprechen. Wir wollen aufklärte Männer zur Urne führen. Besonders die Frauen bedürfen der Aufklärung.

Ein Redner aus Waben erklärt, die Nationalversammlung könne nicht früh genug stattfinden.

Sahm (Östfront): Der Kampf muß nicht heißen hier Mehrheit, hier Unabhängige, sondern hier Sozialismus, hier Kapitalismus.

Ein Anhänger der demokratischen Fraktion: Wir wollen keine neue Diktatur. Dafür bedanken wir uns. Wir wollen keine Junkerherrschaft, aber auch keine Herrschaft der Straße.

Karbe, Kiel: Die Produktion muß schleunigst wieder aufgenommen werden. Dazu ist notwendig, daß das Volk bald zur Wahurne schreitet. — Ein Soldat fordert schnellste Einberufung der Nationalversammlung.

Mickel: Wir wollen die sozialistische Republik, verankert in der Zukunft, auf realem Boden. Die Erregungskraft der Revolution werden geschäft durch baldige Einberufung der Nationalversammlung und durch die Wahl am 10. Januar.

Schauer: Das Räteystem nützt uns nichts. Wir müssen eine feste Regierung haben, sonst ist unsere Landwirtschaft nicht in der Lage, das Land zu bestellen und abzurufen.

Volkbeauftragter Scheidemann: Zweifellos haben die Arbeiter- und Soldatenräte viel Gutes geschaffen, sie waren eine Notwendigkeit, aber eine vorübergehende. Lieben sie dauernd, so läßt sich nur zum Volkswortswort. Mit der Mehrheit haben wir nur als Streikpunkt den Termin, im Prinzip stimmen wir überein. Für die Heeresangehörigen, die am Wahltag nicht hier sein können, sollen Nachwahlen stattfinden. Wir brauchen Frieden und Brot. Mit Spazierfahrten, mit Maschinengewehren schert man die Erregungskraft der Revolution nicht.

Eingelassen sind Telegramme von der Ukraine- und Madensennarme, in welchen für schleunigste Einberufung der Nationalversammlung eingetreten wird. Sodann wird ein Schlußantrag angenommen.

Cohen, Meuß nimmt das Schlußwort als Referent, darauf Däumig als Gegenreferent. Letzterer steht bei seinen Ausführungen über den Bolschewismus auf ärmlichen Widerspruch in der Versammlung.

Damit schließt die Aussprache. Das ganze Feldbahnpersonal erklärt sich in einer Entschiedenheit für schnellste Einberufung der Nationalversammlung.

Die Abstimmung.

Es folgt die Abstimmung. Angenommen wird ein Antrag, mit der Entente sofort zu verhandeln wegen Freigabe des besetzten Gebietes zur Vorbereitung und Vornahme der Wahlen.

Die Termin für die Wahlen wird der 19. Januar 1919 mit großer Mehrheit beschlossen.

Ständiger Beirat bei der Mehrheit, Pfürze bei der Minderheit.

Vorsitzender Veinert: Diese Pfürze sind unwirksam. Jeder Delegierte hat das Recht, abzustimmen, wie er es verantworten kann. (Zurufe: Schulmeister!) Ein Antrag der Demokratischen Fraktion, der die Gewährleistung freier Wahlen verlangt und gegen die Ausschreibung polnischer Wahlen für deutsche Landestelle Einspruch erhebt, wird mit großer Mehrheit angenommen, ebenso ein Antrag, der alle Absonderungsbestrebungen verwirft und eine große deutsche demokratische sozialistische Einheitsrepublik fordert. Einen Antrag Däumig, das Räteystem zur Verfassungsgrundlage zu machen, hält der Vorsitzende durch die Abstimmung für die Nationalversammlung für erledigt, läßt aber schließlich noch eine besondere Abstimmung zu. Ueber den Antrag Däumig wird dann namentlich abgestimmt. Die Sitzung dauert fort.

Während der Beratung über die Nationalversammlung hatten die Unabhängigen sich unter großer Unruhe aus dem Saale entfernt, waren aber vor der Abstimmung dahin zurückgekehrt.

Ueberrumpelungsversuche Siebnechts.

Dem „Vorwärts“ zufolge beabsichtigt Siebnecht ein Ueberrumpelungsgreife des Stils. Siebnecht soll vor dem Abgeordnetenhaus erklärt haben, es sei Zeit, mit dem ganzen Inzug des Rätekongresses ein Ende zu machen. Es ist beabsichtigt, die Arbeiter aus den Betrieben herauszuholen und gegen die Nationalversammlung und gegen den Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte aufzumarschieren zu lassen.

Gegen die Terrorisierung des A- und S-Kongresses.

Zwischen den Soldatenräten der eingerückten Berliner Frontregimenten finden Beratungen statt, die eine militärische Aktion für die Reichsregierung gegen den Schritt der 30 Soldaten radikaler Richtung im Kongreß der deutschen A- und S-Räte zum Ziele haben. Auch die Potsdamer Garnison sollte sich der Reichsregierung zur Unterdrückung neuer Umstürze und Unruhebewegungen in der Reichshauptstadt zur Verfügung stellen. Auch aus Frankfurt a. O. und aus Brandenburg wird eine gleiche Stellungnahme der Regimenter gemeldet.

Einkaufung des Reichsbürgertages.

Der Bürgerrat von Groß-Berlin beruft auf Grund zahlreicher Aufforderungen aus dem Reiche auf Sonntag den 5. Januar 1919 einen Reichsbürgerstag nach Berlin ein, zu dem alle Bürger der Reichs- und Deutschen Reichs- und Österreichs eingeladen werden, für je 100 000 Einwohner des von ihnen vertretenen Bezirks einen Delegierten, mindestens aber zwei Delegierte, zu entsenden.

Weitere Erschwerung der Lebensmittelversorgung.

Von dem amerikanischen Lebensmittelkontrollleur Hoover ist, wie das Reutersbureau berichtet, ein Telegramm aus Paris in London eingetroffen, in welchem erklärt wird, daß die Forderung, welche Marshall Hoop als Bedingung für die Verlängerung des Waffenstillstandes stellte, nämlich daß die 2 1/2 Millionen Tonnen Schiffsräume, welche in deutschen Häfen liegen, in Gebrauch genommen werden, nicht in Hoover's Armen gestiftet wurde, wie es in dem deutschen Bericht über die Verhandlungen heißt, sondern im Namen der Alliierten und unter den von ihnen angeführten Bedingungen. Nach den Informationen des Reutersbureaus läßt der Vorschlag nicht darauf hinaus, die 2 1/2 Millionen Tonnen ausschließlich zur Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln zu verwenden, wie man nach dem fraglichen Bericht annehmen könnte, sondern darauf, diesen Schiffsräumen unter der Kontrolle der Alliierten mit den übrigen zu vereinen.

Die Friedensberatungen der Entente.

„Daily Mail“ meldet aus Paris: Die Vorbereitungen der allierten Rabinette über die Friedensbedingungen sind seit Montag abgeschlossen. Die offiziellen Verhandlungen beginnen am 28. Dezember. Die japanischen Delegierten sind am Sonntag in Marseille angekommen. Die Pariser Börsen sind hoffnungsvoll und macht Börsengeschäfte zu einem angenehmen Friedenstermin am 1. Februar.

Unsere Feinde in Deutschland.

Gegen die A- und S-Räte.

Die A- und S-Räte nicht verhandlungsfähig.

Die „Times“ melden aus London: Die englische Regierung verbot dem englischen Oberkommando, mit Arbeiter- und Soldatenräten oder mit den von ihnen eingesetzten Volksbeauftragten des Deutschen Reiches zu verhandeln.

Der Kölner A- und S-Rat hat seine Tätigkeit eingestellt, nachdem die britische Besatzungsbehörde es abgelehnt hatte, mit ihm zu verhandeln. Demzufolge sind die der Regierung, dem Polizeipräsidenten und dem Oberbürgermeister zur Kontrolle beigegebenen Herren aus ihren Ämtern ausgeschieden.

Die in Wiesbaden eingerückten französischen Besatzungstruppen haben die dortigen Soldaten- und Arbeiterräte geschloffen und ihre Mitglieder verhaftet. Der französische Befehlshaber erklärte, Arbeiter- und Soldatenräte seien als gemeingefährliche anarchistische Vereinigungen von den Alliierten nicht zugelassen.

Die Adinische Zeitung meldet aus Solingen: Die belgische Besatzung hat die Einziehung der roten Fahnen und die Einführung der englischen Zeit angeordnet.

Die Engländer in Köln.

Vor dem britischen Polizeigericht in Köln hatten sich Hunderte von Kölner Bürgern zu verantworten, weil sie nach 9 Uhr abends auf der Straße

getroffen worden waren. Das Gericht verhängte Strafen von 80 bis 100 Mark. Für weitere Uebertretungen ist Freiheitsstrafe angedroht.

Ausweisungen und Verhaftungen im Elsaß.

Die Ausweisungen aus dem Elsaß mehren sich täglich. Nach Mitteilung der Deutschen Waffenstillstandskommission sind 15 weitere Personen in Straßburg verhaftet worden, darunter der bekannte sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Straßburg Böhle, das Gemeinderatsmitglied Schulenburg und der Vorsitzende des von den Franzosen aufgelösten Soldatenrats Rebholz. Alle Verhafteten befinden sich in einem Fort bei Straßburg.

Das Vorgehen des Verbandes gegen die A- und S-Räte.

Aus der neutralen Zone wurde von dem eingerückten französischen Besatzungskommando Befehl gegeben, die Delegierten der A- und S-Räte bei ihrer Rückkehr aus Berlin festzunehmen.

Wie die „Düsseld. Nachr.“ melden, hat der britische Generalgouverneur in Köln angeordnet, daß sich im besetzten rechts- und linksrheinischen Gebiet die Arbeiterräte jeder Einwirkung in Staats- und Kommunalangelegenheiten, sowie der Einmischung in die Verwaltung zu enthalten haben. Die A- und S-Räte im besetzten Gebiet haben ihre gesamte Tätigkeit unerschütterlich einzustellen und etwa in Verwendung genommene staatliche oder kommunale Gebäude sofort zu verlassen. Diejenigen A- und S-Räte, die den Anordnungen entgegenhandeln, sind sofort dem Generalgouverneur namhaft zu machen, der gegen sie einschreiten wird.

Der Standpunkt der Franzosen.

Aus Kaiserslautern wird gemeldet: Die französische Militärverwaltung vertritt den Standpunkt, daß alle seit dem 11. November erlassenen Gesetze der deutschen Regierung oder der Republik Bayern null und nichtig sind. Gesetze, die sich auf das Wirtschaftsleben beziehen, werden dem Marshall Hoop zur Entscheidung über ihre Durchführung vorgelegt. Es liegen vor: Die Verordnung über den Acht-Stunden-Tag, über die Wahl zum Landtag und zur Nationalversammlung. Die preussische Regierung hat im Interesse der Rechtssicherheit und des Wirtschaftslebens an Hoop die nötigen Vorschläge gemacht. Die französischen Kommandanten haben in verschiedenen preussischen Orten angeordnet, daß in den Volksschulen wöchentlich eine Stunde französischer Unterricht erteilt werde.

Die Völkerbundliga in Berlin

Eine Ansprache Erzbergers.

Wir haben von der Gründung einer Völkerbundliga in Berlin bereits kurz Mitteilung gemacht. Bei der Gründungsversammlung hielt nun der Staatssekretär Erzberger, der zum Vorsitzenden der Liga ernannt wurde, während dem Vorstände die namhaftesten Persönlichkeiten angehören, eine bemerkenswerte Rede, aus der wir folgendes hervorheben möchten:

„Als wir unsere Gegner zur Einleitung von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen ersuchen, geschah dies unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß der Rechtsfriede auf Grund der 14 Punkte des Präsidenten Wilson geschloffen werden soll. Unsere Gegner haben diese 14 Punkte fälschlich anerkannt. Präsident Wilson hat für diese das ganze Gewicht seiner politischen Persönlichkeit eingesetzt. Mit ihm werden wir gegen jede tendenziöse Auslegung irgend eines der 14 Punkte kämpfen, im festen Vertrauen auf den endgültigen Sieg des Rechtes. Ein Völkerbund ohne Deutschland ist die Verewigung der internationalen Spannung, eine stete Kriegsgefahr, der Völkerbund gegen Deutschland ist offener Kriegszustand. Ein 70 Millionen-Volk kann nicht von der Organisation der Menschheit ausgeschlossen werden ohne die schwerwiegendsten Folgen für dieselbe Menschheit. Was wir wollen und erstreben, ist lediglich Gleichberechtigung mit den anderen Völkern, Teilhaberschaft an der Gemeinschaft zur Begründung und Aufrechterhaltung des Rechtsfriedens. Das deutsche Volk trägt in seiner Geschichte tiefschmerzende Traditionen, die es für den Völkerbund in hoher Maße eignen. Die Gemeinschafts- und Rechtsliebe hat ihre tiefsten Wurzeln in der politischen und Rechtsgeschichte Deutschlands. Deutschland ist ein Staatenbund, seine Verfassung beruht auf dem Gedanken der Ein- und Unterordnung der einzelnen Glieder unter die Idee des Ganzen. Wenn aus der heiligen inneren Umwälzung die „Vereinigten Staaten von Deutschland“ entstehen, dann sind diese mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika der Natur nach die besten Wärgen für den Völkerfrieden. Die Deutsche Liga für den Völkerbund hat den Zweck, den Gedanken des Völkerbundes in Deutschland zu wecken und zu vertiefen.“

Die amerikanische Auffassung vom Frieden.

Die Londoner „Daily News“ schreiben: Die grundlegenden Argumente der amerikanischen Delegation in Paris werden folgende sein:

- 1. Der Völkerbund müßte einen Teil des Friedensvertrages bilden. 2. Die Freiheit der Meere muß eines der hauptsächlichsten Prinzipien sein, die durch den Bund festgesetzt werden, damit Amerika nicht eine Flotte bauen muß, die groß genug ist, um Sicherheit gegen jedes militärische Vorgehen durch das eine oder andere Volk zu schaffen. 3. Die gerechten Ansprüche, die an Deutschland gestellt werden sollen, müssen festgesetzt werden und es muß bestimmt werden, wie weit und auf welche Weise Deutschland bezahlen kann und muß. 4. Die Präliminarverhandlungen können vertraulich sein, aber die Endbeschlässe der Konferenz müssen öffentlich gefaßt werden. 5. Alle Friedensdelegierten müssen als Vertreter einer neuen Welt, nicht als deren Besessene zusammenkommen.

Die andere Haltung würde einen Frieden bedeuten, der das Hinterlassen, aus dem dann wieder neue Kriege entstehen könnten. Die verlaute, sind die amerikanischen Delegierten dafür, Deutschland in den vorge schlagenen Völkerbund aufzunehmen, wenn auch unter der Bedingung einer Probezeit. Eine treffliche Illustration zu der Völkerbundfrage bildet übrigens folgende Meldung aus London: „Morning Post“ erzählt, daß die Direktoren der Londoner Metallbörse den Ausschluß aller Mitglieder deutscher, österreichischer, ungarischer und türkischer, aber nicht den der Mitglieder armenischer und bulgarischer Abstammung nach dem 31. Dezember 1918 beschlossen haben.

Die polnische Gefahr.

Eine polnische Armee in Danzig gelandet.

Warschauer Meldungen zufolge sind polnische Truppen unter General Gallier in Danzig gelandet. Die Armee soll 50 000 Mann stark sein.

Die polnische Gefahr darf, wie den „Politischen Parlam. Nachrichten“ versichert wird, nicht unterschätzt werden. Die Lage ist namentlich durch den Abbruch der Beziehungen, durch die Ausschreibung von Wahlen seitens der Warschauer Regierung in den deutsch-polnischen Teilgebieten und die Gefahr von Bandeneinfällen wesentlich verschärft worden. Die preussische Regierung hält es für ihre Pflicht, sich über diese Frage mit der Reichsleitung ins Benehmen zu setzen. Das preussische Ministerkabinett wird sich voraussichtlich alsbald nach Schluß der Generaltagung der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte mit dieser Frage beschäftigen.

Deutschland und Spanien.

Die Ausweisung der deutschen Botschaft aus Madrid.

Die spanische Regierung hat dem Berliner Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß Botschafter Prinz Katißor, Legationssekretär v. Stöhrer, Militärattache Major Kalle, Marineattache Kapitänleutnant Steijan und Marineintendanturrat Grimm nicht mehr genehmigt seien. Prinz Katißor und die genannten Mitglieder der deutschen Botschaft werden demnach ihre Rückreise nach Deutschland antreten. Als Geschäftsträger verbleibt der erste Sekretär der Botschaft, Botschafter Graf Bassewitz, in Madrid.

Es ist außerordentlich bedauerlich, daß das Kabinett des Grafen Romanones sich von der Entente zu diesem Schritt hat bestimmen lassen, nachdem alle vorhergegangenen Regierungen Spaniens während der vier Jahre des Weltkrieges eine unparteiliche Neutralität aufrechtzuerhalten verstanden hatten.

Wilson und die Spanier.

Eine amtliche spanische Note gibt bekannt, daß Präsident Wilson die Einladung der spanischen Regierung zu einem Besuche Spaniens abgelehnt, aber den Wunsch ausgedrückt habe, sich mit dem Grafen Romanones zu besprechen, der zu einer Unterredung mit den Vertretern der englischen und italienischen Regierung, die sich gegenwärtig in Paris befinden, sowie mit der französischen Regierung nach Paris abgereist ist.

Das Wahlgesetz zur preussischen Konstituante. Der Wahlgesetz zur preussischen Nationalversammlung ist fertig und wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Erfassung Wolf Hoffmanns. Der Preussische Kultusminister Wolf Hoffmann ist an Lungenerkrankung erkrankt. Er befinde sich in Heilung.

Die Arbeitslosigkeit in Groß-Berlin. Die Berliner Arbeitslosen steigen weiter. Bei dem städtischen Arbeitsnachweis der Gesamtindustrie sind jetzt nach 81 000 Personen angemeldet, der Verhandlungspreis der Metallarbeiter hat rund 7 000 Arbeitslose, der der Holzarbeiter etwa 6 000. Da auch die heimischen kleineren Gewerkschaften sehr hohe Arbeitslosenziffern haben, und da die Ziffern täglich steigen, muß die gegenwärtige Zahl der Arbeitslosen in Berlin mit 60 000 bis 70 000 veranschlagt werden.

Der Streik im Ruhrrevier beigelegt. sämtliche Bergarbeiterausstände im Ruhrrevier sind durch Verhandlungen unter Mitwirkung des Arbeiter- und Soldatenrates beigelegt. Es war dabei wiederholt zu ernstlichen Unruhen gekommen.

Zur Internierung Madensens. Zu den Kommissaren, Ungarn befehde durch die Internierung Madensens und andere, schreibt „Vesti Dixit“: Wir internieren Madensens, weil es uns beschließen wurde, allein in unserem Herzen umarmen wir ihn. Die deutschen Kommissare berühren uns schmerzlich. Wir antworten darauf: Die Deutschen erwarten Madensens nicht so sehr, wie wir ihn lieben lassen möchten, und auch unsere Liebe für ihn ist nicht geringer. Deutschland aber, das heißt nicht tun kann, was es möchte, Wante auch gerechter gegen uns sein, das, wie wir auch, leidende Besetzte sind.

Ganz Deutsch-Böhmen in tschechisches Hand. Mit der Besetzung von Reichenberg, Uger und Komotan sind nunmehr alle größeren Städte Deutsch-Böhmens in tschechisch-slowakische Hand, und die nach Wien gestülte deutsch-böhmische Landesregierung ist zur Machtlosigkeit verurteilt.

Protest Razols gegen die Besetzung Mittelungarna. Mittelpräsident Razols protestierte bei der Entente gegen die Besetzung Mittelungarna durch Serben und Rumänen. Für den Fall, daß diese Besetzung nicht rückgängig gemacht werde, erklärte Razols, zurücktreten zu wollen.

Stratetische Besetzung des Höheren Österreichischen Abgeordnetenhauses beantragten einen Gesandtenrat über Festhaltung des Verantwortlichen und strafrechtliche Verfolgung der Höheren Richter und ihrer Organe im gegenwärtigen Kriege. Eine oberste Kommission soll großes Versehen bei der Führung der Truppen oder andere schwere Verstöße, insbesondere die Schuld am Zusammenbruch des österreichisch-ungarischen Reiches macht im Herbst 1918 prüfen.

Letzte Drahtnachrichten.

Von der Reichskonferenz des A. und O. R. A. L.

Berlin, 19. Dezbr. Zum Schluß der gestrigen Sitzung wurde ferner angenommen ein Antrag auf Wahrung des freien Wahlrechts...

Preßstimmen zu den Beratungen.

Berlin, 19. Dezbr. Die „D. Allg. Ztg.“ schreibt: Man kann im Zweifel sein, ob die Beschlüsse der Räteversammlung nunmehr unmittelbar Gesetzeskraft erlangt haben.

Die Nationalversammlung in Frankfurt.

Berlin, 19. Dezbr. Der Oberbürgermeister von Frankfurt am Main hat laut Hoffischer Zeitung den zuständigen Reichsleuten anheimgegeben, die deutsche Nationalversammlung nach Frankfurt am Main einzuberufen.

Rücktritt Schjernings.

Berlin, 19. Dezbr. Zum Rücktritt des Generalstabsarztes der Armee, von Schjerning, sagt die Deutsche Allgemeine Zeitung: Eine wissenschaftlich hochbedeutende, kraftvolle und über die Grenzen Deutschlands hinaus weitbekannte Persönlichkeit...

Von der österreichischen Nationalversammlung.

Wien, 19. Dezbr. Die deutsch-österreichische Nationalversammlung nahm den Gesetzentwurf über die Feststellung des Verantwortungsbereichs über die allfällige strafrechtliche Verfolgung höherer Führer...

Forderungen der englischen Arbeiter.

Rotterdam, 19. Dezbr. Nieuwe Rotterdamse Courant meldet aus London: Die Versammlung der Leiter der englischen Arbeiterpartei und des Arbeiterkongresses, auf welchem die Abhaltung einer internationalen Arbeiterkonferenz...

Wilson's Bitterbrot.

London, 19. Dezbr. (Reuters.) Gegenüber der Meldung des Washingtoner Korrespondenten eines in Paris erschienenen amerikanischen Blattes, wonach Präsident Wilson...

Drängung deutscher Truppen durch Holland.

Haag, 19. Dezbr. In der zweiten Kammer erklärte beim Etat des Wehrens der Minister des Wehrens, daß die Entwaffnung der durch Umbruch gegangenen deutschen Truppen...

Unfall deutscher Kriegesgefangener.

London, 19. Dezbr. Ein Dakota, in welchem sich außer einer englischen Wache sieben deutsche Kriegesgefangene befanden, verunglückte in der Nähe von Herford in England...

g. Die evangelischen Arbeitervereine des Bezirks Westergebirge traten am Sonntag hier zu einer Konferenz zusammen...

Diese gefaßt. Der hiesigen Polizei gelang es vorgestern, die hier wohnhaften 24 Jahre alten Handarbeiter R. und Th., die mit dem 17 Jahre alten Handarbeiter W. in Chemnitz...

Bayerische Weihnachtsgaben. Jeder Einwohner in Bayern erhält zu Weihnachten schuldig Gramm Tee, hundert Gramm Bohnen...

Erhöhung der Güter- und Personentaxen. Laut „Männert-Augsburger Abendzeitung“ wurde auf der Erfurter Konferenz der deutschen Eisenbahnverwaltungen beschlossen, die Gütertaxe...

Eitern- und Schülerauschüsse an den höheren Schulen Sachsens. Demnach ist eine ministerielle Verordnung zu erwarten, durch die die Bildung von Schüler- und Eiternauschüssen für die höheren Schulen Sachsens festgelegt wird.

Österreichisch-ungarische Vertretungsbehörden. Wie die Gewerksamer Chemnitz mittelt, haben nach einem Schreiben des Auswärtigen Amtes in Berlin die österreichisch-ungarischen Vertretungsbehörden...

Bielefeld, 19. Dezbr. In der Gemeinderatsversammlung am Dienstag waren anwesend 15 Mitglieder, 19 Süßler. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende namens des Rates...

Elbenstock, 19. Dezbr. Die Stadtverordneten wählten hier die für den 26. Januar anstehende Wahlmöglichkeit vollständige Wählerlisten zu bekommen, sind Haushaltungsstellen gestellt worden.

Eine künstliche Gelände in Wäghem. In Prag fand ein Vortragsabend aller evangelischen Kirchengemeinden in Wäghem, Wäghens und Schöfens statt...

Bildung eines bolschewistischen Revolutionsheeres in Rußland. Die nordische Presse meldet aus Stockholm, daß nach dem Bericht eines aus Rußland zurückgekehrten dänischen Diplomaten...

Von Stadt und Land.

Aue, 20. Dezember.

Wo bleiben die Fische?

Allgemein ist in der Öffentlichkeit die Meinung verbreitet, daß mit dem Aufheben der Fischeleitzellen die Befischung mit Fischen sich erheblich bessern werde. Der Umstand, daß in der Nordsee nach Aufheben der Fischeleitzellen wieder Fische gefangen werden...

n. Vortrag des Pfarrers Wangemann. Der National- und Deutscher Frauen (früher Flottenbund und Deutscher Frauen) hatte gestern Herrn Pfarrer Wangemann nach hier eingeladen, um ihn einen politischen Vortragsvortrag halten zu lassen.

Vorabendmahl am Sonnabend: Fleisch und Butter. Fleischbesatz anmelden! Wie aus den heute veröffentlichten Bekanntmachungen hervorgeht, findet für die Festtage nächsten Dienstag Fleischverteilung statt.

Aus dem Königreich Sachsen.

Zwickau, 18. Dezbr. Der Ausschuss der Provinzialverwaltung für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von wieder 15 Prozent bei reichlich beschlossener Abrechnung und Minderungen in Voranschlag zu bringen. Außerdem wird die Erhöhung des Grundkapitals um 400 000 Mark beantragt.

Dresden, 18. Dezbr. Der Aktionsausschuss der internationalen kommunistischen Partei Groß-Dresden" lehnt in einer Erklärung die Verantwortung für die Ausschreitungen in den Nächten zum Sonnabend und Sonntag ab. Demgegenüber stellt der Aktionsausschuss des K. und S. Landes Groß-Dresden fest, daß von Kommunisten öffentlich zu Gewalttätigkeiten aufgehetzt wurde. So erklärte ein Jüngling namens Grünberg am 20. November in der Zentralfabrik, wo er sich als Kommunist vorstellte: Es muß Blut fließen... Die Versammlungsleitung widersprach dieser Ungehörigkeit nicht, dagegen wurde Genosse Neuring niedergeböhrt, als er sich im Namen des Arbeiter- und Soldatenrates gegen solches verwerfliches Gerede wandte. Ein anderer kommunistischer Jüngling namens Lewinson, in dessen Taschen kommunistische Schriften gefunden wurden, mußte verhaftet werden, weil er die Wachen des Telegraphenamtes aufzureizen suchte, die Waffen weggeworfen. Zwischen den Reden in den kommunistischen Versammlungen und den Gewalttaten des Freitag und Sonnabend besteht ein ursächlicher Zusammenhang; und die Vandalereien in der Nacht zum Sonntag bleiben ein drastischer Beweis dafür, wie das kommunistische Enteignungsprogramm von Teilnehmern der Versammlung aufgeführt wurde.

Dresden, 18. Dezbr. Das Lingner-Mausoleum, für das Erzbischof Dr. Lingner testamentarisch selbst den Standort im Lingner-Park gewählt hat, wird nunmehr zur Ausführung gefangen, nachdem das Landeskonsistorium die Errichtung an der vorgesehenen Stelle gutgeheißen hat. Der Dresdner Stadtbaurat Prof. Voeltzig ist im Verein mit dem Berliner Bildhauer Kolbe mit der Ausführung des Baues beauftragt worden.

Vermischtes.

Sergogin Adolf Friedrich zu Wiedenburg. Die Sergogin Adolf Friedrich zu Wiedenburg wurde am Dienstag in Kottbus von einer gefundenen Tochter entbunden. Zu der großen Schwäche der Sergogin trat Augenentzündung und Nippensekretion hinzu, sodass sie verstarb. Die Sergogin war die Gattin des bekannten früheren Gouverneurs von Togo und Älteste Tochter des kaiserlichen regierenden Fürsten von Rußland jüngere Linie. Die Ehe war erst am 24. April 1917 geschlossen worden. Sergogin Viktoria zu Wiedenburg hat ein Alter von 30 Jahren erreicht.

Schwere Erkrankung der Kaiserin. Schwere Blüthen wird aus Holland gemeldet: Es heißt, daß der Zustand der Kaiserin seit dem letzten Lebensjahr sich sehr verschlimmert hat. Das alte Herzleiden habe sich weiter verschlimmert.

Kunst und Wissenschaft.

Das Ende der deutschen Universität Prag. In der Nationalversammlung in Prag lag ein Antrag auf Regelung der Verhältnisse der tschechischen und deutschen Universitäten vor, wonach das Gesetz, durch das im Jahre 1881 die Universität in eine tschechische und eine deutsche geteilt wurde, aufgehoben werden und von nun an eine einzige tschechische Universität unter dem Namen Tschechische Karlsuniversität bestehen soll.

Kirchennachrichten.

St. Nikolai.
Sonntag, den 22. Dezember 1918 (4. Advent), vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst mit Predigt: Pfarrer Lehmann. Vorm. 11 Uhr Kindergottesdienst der älteren Abteilung; Pastor Kunde. Nachm. 1/5 Uhr Weihnachtsfeier des Frauenvereins im großen Pfarrhaussaal. Abends 1/8 Uhr Jungfrauenverein. Abends 1/8 Uhr Jünglingsverein: Weihnachtsfeier.

Friedenskirche.
4. Adventssonntag 1/9 Uhr Besuche und Abendmahl. 9 Uhr Hauptgottesdienst.

Katholische Kirche.
22. Dezember, 9 Uhr, Hochamt und Predigt. 8 Uhr Andacht. — Werktag 8 Uhr hl. Messe.

Bisheriges.

Sonntag, den 22. Dezember, vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst. Nachm. 2 Uhr Taufgottesdienst. Nachm. 8 Uhr Weihnachtsfeier des Kindergottesdiensts. Abends 7 Uhr Weihnachtsfeier im Jünglingsverein. — Mittwoch, den 25. Dezember (1. Weihnachtstagesfeier), früh 8 Uhr Wettinggottesdienst. Vorm. 9 Uhr Festgottesdienst. Nachm. 8 Uhr Taufgottesdienst. — Donnerstag, den 26. Dezember (2. Weihnachtstagesfeier), vorm. 9 Uhr Festgottesdienst. Nachm. 8 Uhr Taufgottesdienst. — Sonntag, den 29. Dezember, vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst und Fest des h. Abendmahls. Nachm. 1 Uhr Kindergottesdienst. Nachm. 8 Uhr Taufgottesdienst. Abends 7 Uhr Weihnachtsfeier des Jungfrauenvereins.

Amtliche Bekanntmachungen.

Fleischverteilung.

Für die laufende Woche kommen am Sonnabend, den 21. Dezember 1918, 150 Gramm Fleisch auf den Kopf der vollkornberechtigten Person, für die Weihnachtswochen (23. bis 29. Dezember) dagegen 200 Gramm auf den Kopf der vollkornberechtigten Person, und zwar am Dienstag, den 24. Dezember 1918, zur Verteilung.

Schwarzenberg, am 19. Dezember 1918.
Der Bezirksverband Der Arbeiter- und Soldatenrat der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.
Dr. Wimmer. Ditto Kurisch.

Pferdefleischverkauf

bei Georg Brause, Schnebergstr., Sonnabend, den 21. Dezbr. nachmittags v. 2 bis 6 Uhr auf die Nummern 11451 bis 13760 auf den Abschnitt E der Pferdefleischkarte.

Auf den Abschnitt entfällt 1/4 Pfund.
Aue, den 20. Dez. 1918. Der Rat der Stadt.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Selbmann. — Druck und Verlag: Vier Trud- u. Verlagsgesellschaft m. b. H.

Nach kurzem, schwerem Leiden verschied sanft am Mittwoch früh im 71. Lebensjahre unsere Innigstgeliebte Mutter, Schwieger- u. Großmutter

Frau Maria verw. Pestel.

In tiefer Trauer
Martha Kroschewsky geb. Pestel,
Elsa Markgraf geb. Pestel,
Hugo Kroschewsky,
Anton Markgraf
und übrigen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag um 1 Uhr von der Halle des Friedhofes Klosterlein-Zelle aus statt.

Nach meiner Entlassung aus dem Heeresdienste habe ich meinen Beruf wieder aufgenommen.

AUE I. Erzgeb., Wettinerstr. 23.

Rechtsanwalt Siegel.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres Innigstgeliebten Sohnes und Bruders

Ernst Arzberger

drängt es uns, allen Freunden und Bekannten für die aufsichtige Teilnahme herzl. zu danken. Besonders danken wir seinen lieben Mitarbeitern und Schulkameraden, sowie den lieben Familien von Klosterlein für die reichlichen Spenden und das Geleit.

Alberoda, am 20. Dezbr. 1918.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Schöne Auswahl in Pianos,

wenig gebraucht, Preisbeware, mit Garantie, sofort lieferbar, verkauft

Ruf 295. Herold, Oelsnitz i. V.

Tafeln und Bänke

zu kaufen gesucht.
Bernhard Hiltmann, Aue.

Kaufmännische Behring, Sohn achtb. Eltern, der über beste Schulzeugnisse verfügt, stellt Oftern 1919 ein und erwartet vorerst nur schriftl. Angebote. **Metallhandwerk Ritterscher Orden, W. Klemming, Ralsau i. Erzgeb.**

Schreiber-Lehrling

wird gesucht. **Rechtsanwalt Siegel, Aue I. Erzgeb., Wettinerstr. 23.**

fleiß. Hausmädchen

für 1. oder 15. Januar wird sauberes gesucht. **Jean Rechtsanwalt Siegel, Aue, Wettinerstr. 23.**

la Piano

mit selbstspielendem Apparat (Pianola) schwarz, **Preisbeware,** vornehmes Familiengehört, empfiehlt **Schulze, Musikhaus Zwickau, Bahnhofstr. 6** Telefon 1592.

Zöpfe

festigt sauber und gut von bausgegebenen Haaren unter Garantie der Verwertung **Stern & Gauger** Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue Westtinerstr. 48 am Wettinplatz. Henechilte amtliche Haarschnittstelle für Kolonialwerke.

Prima Bohnerwachs

reine Ölware ist wieder eingetroffen. **Spezialhaus Camillo Gebhardt Aue, Bahnhofstr. 6.**

Gebr. Nähmaschine

zu kauf. gesucht. Angeb. u. V. T. 5752 an d. Vier Tagebl.

Zu verkaufen:

Gehrock m. Weste u. Hose, Ueberzieher, eis. Blumenstück, Unterkleiderkasten, Tamb. Trommel, Briefmarkensamm. m. Album, Gäte. Zu erf. Geschl. d. Bl.

Panorama

Aue, Ernst-Papst-Str. Zum Weihnachtstische die berühmte Serie **Jerusalem** Schen! Staunen! Sonntag, 1. und 2. Feiertag von 2 Uhr an geöffnet, Montag u. Dienstag geschlossen. Zu recht zahlreich. Besuche laden ein D. UHmann u. Frau.

Supheld-Rhonolith

Supheld-Klavierspiel. **Kufen-Hollen** zu allen elektr. Instrumenten

Elektr. Pianos

Orchestrions für Tang- und Unterhaltungsmusik (lauter Preisbeware) empfiehlt

Schulze, Musikhaus Zwickau, Bahnhofstr. 6 Telefon 1592.

Getrag. Anzug, Ueberzieher oder Mäntel

zu kaufen gesucht. Angeb. unt. V. T. 5779 Geschl. d. Bl. **Wiegand, Schnebergstr. 48, III.**

2 Pyramiden

neu (1 mit Figuren), das Stk. 15-20 Mk., zu verk. **Louis Schö, Bahnhofstr. 41**

Gut möbl. Zimmer mit Schlafzimmer

ab 1. Jan. möglichst in Nähe b. Wartkes 3. mieten ges. **Eng. m. Preisang an Eisenbahn-Neubauamt Aue.**

Schlüsselbund

verloren worden. Gegen Belohn. abzug. l. Vier Tagebl.

- Schreibzeuge
- Schalen
- Kugel-Becher
- Löscher
- Uhren
- Leuchter
- Feuerzeuge
- Würfel
- Aschenbecher
- Anfeuchter
- Briefbeschwerer
- Petschafte
- Lineale
- Brieföffner

aus Serpentinsteine

empfiehlt in reicher Auswahl

Spezialhaus Camillo Gebhardt,

Bahnhofstr. 6 AUE Fernspr. 727

Drucksachen aller Art

liefert schnell und in bester Ausführung

Buchdruckerel Auer Tageblatt,

Ernst-Papst-Straße Aue, Fernsprecher 53

Riefenscheden

zu verkaufen. Zu erf. im Vier Tageblatt.

Gut erhaltener Kinderwagen

ist preiswert zu verkaufen. **Kaiser, Aue, Markt.**